

Gibt es eine saubere Reaktortechnik?

Diese Frage ist in Deutschland mit einem klaren **Ja** zu beantworten, zumal es sich um eine deutsche Erfindung handelt. Die Kernkraftdebatte in Deutschland beherrscht besonders nach dem Erdbeben in Japan der Stärke 9 und dem kurz danach ohne Vorwarnung folgenden Tsunami am 11. März 2011 mit seiner verheerenden Zerstörungskraft alle Medien und nun mit voller Wucht auch die Politik. Die Abwahl der CDU in Baden-Württemberg hat den Grünen, die immer gegen die Kernkraft waren, einen enormen Schub durch den Stimmungswandel der Wähler gegeben. Ihre düsteren Voraussagen haben sich für das hochentwickelte Industrieland Japan bewahrheitet. Ihr Kassandraruft lautet: Was in Japan passiert ist, kann auch in Deutschland geschehen. Also müssen die Atomkraftwerke sofort abgeschaltet werden! Die CDU-FDP-Koalition der Bundesregierung sah sich in einer gewissen Schreckstarre genötigt, ihren Beschluss vor sieben Monaten zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke in Deutschland um 12 Jahre zu verlängern und gleichzeitig die Kernkraftwerksbetreiber zu verpflichten, eine Brennwertsteuer zu entrichten, um die sog. erneuerbaren Energien bezahlbar zu machen, ohne lange parlamentarischen Debatten aufzuheben und sich der Entscheidung der Rot-Grünen Vorgängeregierung überraschend anzunähern. Dieser Kompromiss kam damals nur durch die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zustande und wurde von der Opposition intensiv bekämpft. Die Kernschmelze des Atomkraftwerks in Fukushima und die radioaktive Verseuchung einiger Wohngebiete und der Landwirtschaft in einem 20 km Bereich um Fukushima sowie das Wahlergebnis in Baden-Württemberg waren sicher der Auslöser für die politische Kehrtwende der Atompolitik der Bundesregierung mit dem dreimonatigem Moratorium und der Ethikkommission mit ihrem ethischen und moralischen Anspruch. Alles in allem wirkt diese politische Entscheidung überstürzt und dadurch nicht glaubwürdig. So muss die Entscheidung der alten Rot-Grünen-Bundesregierung im Jahr 2023 für den Ausstieg der Kernkraft und den Einstieg in die erneuerbaren Energien unbedingt überboten werden. Die Schwarz-Gelbe Bundesregierung ringt mit der CSU um 2022 oder 2021, die Opposition heizt den irrsinnigen Wettkampf mit dem Ausstiegsdatum 2015 noch weiter an. Das ruft die Netzbetreiber auf den Plan, die mit Recht befürchten, dass Deutschland, das Industrieland Nr.1 in Europa und die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, von einem energetischen Blackout bedroht ist. Die Horrorszenarien für die Zukunft Deutschlands haben die Medien voll erfasst und zur Klärung unserer Energiezukunft nicht beigetragen, eher Angst geschürt. Angst ist aber ein schlechter Ratgeber (s.u.). Die Zeit ist einfach zu kurz, um den Menschen auch in den Parteien die schwierige Materie zu erklären und sie auf den Weg in eine neue

Zukunft mitzunehmen. Mit meinem Wissen möchte ich versuchen, etwas Klarheit vor allem in die technischen Probleme zu bringen. Deshalb ist der erste Satz dieses Artikels auch provozierend. In der Ausgabe „DIE WELT“ vom 28. Mai fand ich erneut einen Leserbrief zu dem Thema saubere Reaktortechnik. Diesen Brief möchte ich meinen potentiellen Lesern nicht vorenthalten:

„Die Angst ist ein schlechter Ratgeber. Alle Bürger sollten sich schnellstens für eine saubere Reaktortechnik interessieren. Hier gibt es eine eindeutig bessere Lösung, etwa durch den Neubau des nach 3,5 Jahren Stromerzeugung aus politischen Gründen 1985 stillgelegten Kugelhaufenreaktors Hamm-Uentrop. Er hinterlässt keine unzumutbaren Abfälle, und die Fachwelt nennt seine Funktionsweise inhärent sicher, da bei Temperaturen über 1000 Grad Celsius die Neutronen abgebremst werden. Die Wärmeübertragung erfolgt nicht durch einen Wasserkreislauf, sondern über ein Heliumgas.. Also nicht aussteigen, sondern umsteigen in einen neuen Exportschlager“.

Hans Carl Deilmann, Bad Bentheim

Im März dieses Jahres hatte „DIE WELT“ sogar ein Interview mit einem der Väter dieser inhärent sicheren Atomkraftwerkstechnik auf der Basis des Kugelhaufenreaktors gebracht. Das war der Anlass, mich mit diesem Verfahren mehr zu beschäftigen und dann den Bundesumweltminister, Herrn Dr. Röttgen, anzuschreiben. Ich kannte ihn aus einer Veranstaltung der KAS in Schloss Eichholz, wo der Krone-Ellwanger-Kreis jedes Jahr im Januar seine Tagung abhält. Im Januar 2010 hatte der Bundesumweltminister über die Zukunft der Atomkraft in Deutschland einen Vortrag gehalten, der kontrovers diskutiert worden war. Herr Dr. Röttgen hatte sich zur Brückenfunktion der Kernkraftwerke bekannt und sich für eine Verkürzung ihrer Laufzeit ausgesprochen, weil die Atomkraft in Deutschland auf Dauer von der Bevölkerung (den Grünen?) abgelehnt werde. Am 20. März 2011, neun Tage nach dem Erdbeben und dem Tsunami in Japan und zwei Tage nach dem aufregenden Interview am 18. März in „DIE WELT“, hatte ich an den Bundesminister einen Brief geschrieben, in dem ich auf den Artikel Bezug nahm und meine eigenen Ansichten zu diesem Problem äußerte. Überraschend erhielt ich drei Wochen später von seinem Staatssekretär eine ausführliche Antwort, die mich nicht zufrieden stellte. Er schien sich mit dem Problem nicht tiefgründig beschäftigt zu haben und/oder hatte Vorgaben, das Thema Atomenergie endgültig abzuschreiben. Das ist in der Politik ein übliches Verhalten. Auch die Expertenkommissionen sind in der Regel so zusammengesetzt, dass ihre Vertreter eine übereinstimmende Meinung haben, die das angepeilte Ergebnis nicht erschüttern. Die Vorgabe war: Weg von der Kernkraft so früh wie möglich und einen neuen Weg der

Energiegewinnung verkünden, koste es, was es wolle. Da ist mir die Schweiz, die ihre AKW erst 2034 unaufgeregt abschalten wird, sympathischer als die Bundesregierung und die Opposition, deren Forderungen allesamt in ihrer Hektik mit gewaltigen Entscheidungssprüngen und hysterischen Zügen bei der Verkündung neuer Wahrheiten nicht einmal mehr von den Abgeordneten verdaut werden können. Niemand wagt es, Fragen zustellen. Man könnte als Querulant denunziert werden und das Mandat bei der nächsten Wahlkür in den Parteien verlieren. In diese Wahrheitslücke springen besonders junge Demonstranten, die eine sofortige Abschaltung der Kernkraftwerke fordern. Gerade diese Demonstranten gehören zu der Altersgruppe, die sich Tag und Nacht vernetzen. So erweist sich das Internet und besonders die Suchanfragen bei Google als Klimakiller; denn jede Suchanfrage kostet so viel Strom wie eine Energiesparlampe pro Stunde. Damit wird es wohl ab und zu einen Blackout geben und kein Strom kommt mehr aus der Steckdose. Ist das ein düsteres Szenarium? Keineswegs, denn der Blackout ist inzwischen amtlich. Die Bundesnetzagentur befürchtet bereits zu Pfingsten Probleme im Netz, weil dann die Netze „im Stress“ stehen. Zu Pfingstren ist erfahrungsgemäß die Nachfrage gering, sagt der Präsident der Behörde und gibt der Industrie recht, weil Strom aus Wind- und Sonnenanlagen von weit entfernten Standorten ins Netz fließe und die Netzstabilität nicht mehr garantiert werde. Dies pessimistische Annahme geht davon aus, dass die sieben ältesten deutschen AKW dauerhaft abgeschaltet bleiben. Wir befinden uns jetzt in einer Situation, dass trotz der Warnung von Fachleuten, die keine Politiker sind, ein großer Teil der Kraftwerkskapazität von gewählten Politikern wider besseres Wissen einfach ausgeknipst wird. Unsere Politiker haben durch das deutsche Atommoratorium ein Risiko für die Versorgungssicherheit im europäischen Verbund geschaffen. Schließlich haben auch unsere Nachbarländer auf den deutschen Export gebaut.

Im Deutschen Bundestag gibt es ein Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB). Noch unter Schwarz-Roten Koalition wurde eine Studie in Auftrag gegeben, die plötzlich hoch brisant ist. Die Auswirkungen eines nicht kurzzeitigen Stromausfalls könnten katastrophal sein, besagt die Studie. Man denke nur an die Versorgung von Schwerstkranken auf den Dialysestationen der Spitzenkrankenhäuser aktuell in Norddeutschland, in denen rund um die Uhr Patienten mit einer EHEC-Infektion und Nierenversagen um ihr Leben kämpfen. Wenn der Strom ausfällt, brechen auch der Verkehr und Wasserversorgung zusammen und damit die *just in time* Versorgung mit lebenswichtigen Gütern.

„DIE WELT“ hat sich heute am 3. Juni in ihrem Leitartikel mit dem auseinandergesetzt, was man unter Politik hier zu Lande versteht. Politik sollte sich auf Fragen der Durchsetzbarkeit

konzentrieren. Hindernisse müssten direkt angegangen werden und von ihrer Überwindung alles weitere abhängig gemacht werden, ist der gute Rat des weisen Journalisten. In der Energiepolitik besteht das Hindernis darin, dass die regenerativen Energien nicht produktiv genug seien. Also müsste dieses Hindernis beseitigt werden. oder die Ausstiegsszenarien nicht sofort in Gesetzesform gegossen werden wie beabsichtigt. Wer hier nachfragt, wie die Prüfkriterien und Inspektionsgänge aussehen, liegt schief. Er wird, wenn überhaupt, vertröstet, dass große Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Ziel zu erreichen. Genaues weiß man nicht! Die CDU/FDP-Regierung hat ihre bisherigen guten Argumente über Bord geworfen und sich der Stimmungslage gebeugt. Das kann kein gutes Ende nehmen.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 2. Juni 2011

Kommentar [p1]: